

An alle Mitglieder der LPK NRW e.V.

Pressemitteilung vom 2.7.2019*

**Reaktion auf die „Reförmchen“ der NRW-Landesregierung zum
KAG § 8: Anlieger schließen sich in ganz NRW zusammen!**

Von Seiten der Landesregierung und der regierungstragenden Fraktionen CDU und FDP hätten wir deutlich mehr erwartet. Die jüngst verkündeten „Reförmchen“ stellen keine echten Entlastungen für die betroffenen Bürger in NRW dar. Dahin führt nur ein Weg: die Abschaffung des KAG §8 und damit der Straßenausbaubeiträge insgesamt. Stattdessen präsentiert die Landesregierung diese Flickschusterei am längst überfälligen Gesetz und hält das für einen großen Wurf. In Wahrheit setzt man sich offenbar über die Nöte betroffener Menschen hinweg. Auch die Volksinitiative des Steuerzahlerbundes wird ignoriert: Nahezu 500.000 Menschen haben mit ihren Unterschriften eine Abschaffung dieser ungerechtfertigten Belastung gefordert. Damit riskiert man in NRW einmal mehr das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat.

Weil diese Ergebnisse absehbar waren, reagieren die Bürgerinitiativen im Land mit einem Zusammenschluss unter einem Dach in Nordrhein-Westfalen:

**„SCHLUSS MIT STRABS!“ ist die Arbeitsgemeinschaft der
Bürgerinitiativen gegen Straßenausbaubeiträge in NRW.**

Alle Initiativen im Land sind herzlich eingeladen, sich anzuschließen. Die AG in NRW ist hier erreichbar:

schluss-mit-strabs-nrw@web.de

Wir werden uns gemeinsam landesweit für die Abschaffung der unsozialen, ungleichen und ungerechten Beiträge einsetzen. Anlieger zahlen schließlich Steuern und finanzieren so alle anderen Straßen mit. Genauso wie diese gehören auch Anliegerstraßen der Allgemeinheit. Mit einem wesentlichen Unterschied: Anliegerstraßen wurden bereits bei ihrer Herstellung zu fast 100 Prozent von den Anliegern selbst bezahlt und dann ins Vermögen der Allgemeinheit überstellt. Deshalb ist es gar nicht nachvollziehbar, warum wir doppelt und dreifach bei den Straßen zur Kasse geben werden.

Bayern, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern haben diese Sonderbelastung abgeschafft; in Thüringen wird es bald auch geschehen; Baden-Württemberg hatte sie nie eingeführt. Berlin und Hamburg haben sie vor Jahren abgeschafft, weil die Verwaltungskosten zu hoch waren. Das ist in NRW nicht anders: In Essen versickern zwei Drittel der vereinnahmten Anliegerbeiträge in der Verwaltung, in Düsseldorf fast die Hälfte. Sollen dafür unsere Mitbürger ihre letzten Ersparnisse zusammenkratzen? Wir meinen: Nein!

Statt Gerechtigkeit walten zu lassen, werden in Düsseldorf Horrorszenarien zum Thema Abschaffung der Anliegerbeiträge entworfen: Eine Milliarde Euro und noch viel mehr solle es kosten, wenn das Land den Kommunen die Anliegerbeiträge ersetzen müsste. Hätte man der zuständigen Ministerin richtig zugehört, müsste man eigentlich wissen, dass die Summe der Einnahmen aus Anliegerbeiträgen in NRW in den vergangenen fünf Jahren bei höchstens 127 Millionen Euro pro Jahr gelegen hat.

Nur zum Vergleich: Das Land NRW hat in den vergangenen drei Jahren jeweils zwischen 150 und 190 Millionen Euro für die Instandhaltung, Erweiterung und den Neubau aller Landesstraßen ausgegeben. Plötzlich sollen kommunale Straßen das Zehnfache dessen kosten? Die Koalition sollte sich vielleicht fragen, wer diese genannten Unsummen künftig überhaupt verplanen und verbauen soll. Denn die Auftragsbücher der Ingenieure und Tiefbauunternehmen platzen jetzt bereits aus allen Nähten.

Zudem setzt die Landesregierung mit dem Festhalten an diesem Gesetz die falschen Anreize: Die kommunalen Straßen werden nicht instandgehalten, das müssten die Kommunen nämlich zu 100 Prozent zahlen. Stattdessen wird abgewartet, bis man die Anlieger bei einer Grundsanierung der inzwischen maroden Straßen erneut zur Kasse bitten kann.

*Wir danken für Ihre Veröffentlichung - auch der Mail-Adresse - und bitten um ein Belegexemplar